
Bericht

Future Business KG aA
Dresden

Erstellung des Jahresabschlusses
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

Auftrag: 0.0708834.001-10



Inhaltsverzeichnis

A. Erstellungsauftrag	4
B. Gegenstand, Art und Umfang der Erstellungstätigkeit	6
C. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	8
I. Buchführung und weitere Unterlagen	8
II. Jahresabschluss	8
D. Ergebnis der Arbeiten und Bescheinigung	9

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen
Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

Abkürzungsverzeichnis

AktG	Aktiengesetz
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
AO	Abgabenordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
KG aA	Kommanditgesellschaft auf Aktien

A. Erstellungsauftrag

1. Mit Beschluss des Amtsgerichts Dresden vom 1. April 2014 wurde über das Vermögen der Future Business KG aA das Insolvenzverfahren eröffnet und Herr Dr. Bruno M. Kübler zum Insolvenzverwalter bestellt. Der Insolvenzverwalter der

Future Business KG aA, Dresden,

(im Folgenden kurz "Future Business", "FuBus" oder "Gesellschaft" genannt)

hat uns aufgrund des Urteils des Landgerichts Leipzig vom 17. Februar 2017 (AZ: 1 HK O 1306/14) -mit dem der durch die Hauptversammlung der Gesellschaft am 25. Mai 2011 festgestellte Jahresabschluss für nichtig erklärt wurde- beauftragt, den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 nach den für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242 bis 256a HGB), den ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften sowie bestimmte Personenhandelsgesellschaften (§§ 264 bis 288 HGB) sowie weiteren rechtsformspezifischen Vorschriften (z. B. § 42 GmbHG, §§ 150 bis 160, 286 AktG) neu zu erstellen. Es handelt sich auftragsgemäß um eine Erstellung mit Plausibilitätsbeurteilungen. Wesentlicher Grund für die Nichtigkeit des ursprünglichen Jahresabschlusses waren Verstöße gegen Bewertungsvorschriften und die sich hieraus ergebende wesentliche Beeinträchtigung der Gewinn Darstellung der Gesellschaft. Gegen das Urteil des Landgerichts Leipzig vom 17. Februar 2017 ist zwischenzeitlich Berufung eingelegt worden.

2. Der Jahresabschluss ist danach unter Korrektur der Verstöße gegen Ansatz- und Bewertungsvorschriften, auf der Grundlage des ebenfalls korrigierten Jahresabschlusses 2009 nach den vorgelegten Unterlagen, unter Berücksichtigung der erteilten Auskünfte, nach den gesetzlichen Vorschriften und nach den innerhalb dieses Rahmens liegenden Anweisungen des Auftraggebers zur Ausübung bestehender Wahlrechte neu zu erstellen. Daneben sind die vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise durch Befragungen und analytische Beurteilung auf ihre Plausibilität hin zu beurteilen, um mit einer gewissen Sicherheit ausschließen zu können, dass diese nicht ordnungsgemäß sind. Aufgrund der eingetretenen Insolvenz der Gesellschaft, der Beschlagnahme der Geschäftsunterlagen durch die Staatsanwaltschaft und der Tatsache, dass insbesondere die bislang in der Gesellschaft für die Erstellung der Buchhaltung und der Jahresabschlüsse zuständigen Geschäftsführer und Mitarbeiter sowie externer Dienstleister nicht mehr zur Verfügung standen, kann der Insolvenzverwalter die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen nicht versichern.

3. Unter Berücksichtigung der sich hieraus ergebenden Einschränkungen haben wir gleichwohl bei der Durchführung des Auftrags die Grundsätze des vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) veröffentlichten Standards 7: "Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen" (IDW S 7) beachtet.
4. Die 31. Dezember 2010 ist als kleine Gesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 und 4 HGB verpflichtet, einen Jahresabschluss nach den Vorschriften für Kapitalgesellschaften aufzustellen.
5. Wir erstatten diesen Bericht auf Grundlage des mit der Gesellschaft geschlossenen Auftrags, dem die beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017 zugrunde liegen sowie den sich aus Ziffer 2 ergebenden Einschränkungen. Unsere Verantwortung für die Auftragsdurchführung ergibt sich ausschließlich aus unserem Auftragsverhältnis mit der Gesellschaft und besteht danach allein dieser gegenüber. Eine Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich des Auftrags wurde nicht vereinbart; eine über unser Auftragsverhältnis hinausgehende Verantwortung Dritten gegenüber übernehmen wir somit nicht.
6. Über Art und Umfang unserer Arbeiten erstatten wir diesen Erstellungsbericht sinngemäß nach den allgemeinen Grundsätzen des IDW PS 450 und dem IDW S 7, dem der von uns erstellte Jahresabschluss als Anlage beigefügt ist.
7. Der Erstellungsbericht ist allein auf die Unterrichtung der Geschäftsführung gerichtet.
8. Sämtliche Unterlagen, die wir im Zusammenhang mit diesem Auftrag erstellt haben und die Bestandteil der Rechnungslegung sind, werden wir für die Dauer der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist archivieren.

B. Gegenstand, Art und Umfang der Erstellungstätigkeit

9. Gegenstand unseres Auftrags war die Neuerstellung des durch das Urteil des LG Leipzig vom 17. Februar 2017 (AZ: 1 HK O 1306/14) für nichtig erklärten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 nach den für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242 bis 256a HGB), den ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften sowie bestimmte Personenhandelsgesellschaften (§§ 264 bis 288 HGB) sowie den weiteren rechtsformspezifischen Vorschriften.
10. Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung sowie für die Aufstellung des Jahresabschlusses und für die Entscheidungen über die Anwendung von Aufstellungs- und Offenlegungserleichterungen trägt der gesetzliche Vertreter der Gesellschaft. Die Verantwortlichkeit des Insolvenzverwalters für die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen ist vorliegend jedoch insoweit eingeschränkt, als umfangreiche Unterlagen der Gesellschaft durch die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurden und die bislang in der Gesellschaft für die Erstellung der Buchhaltung und der Jahresabschlüsse zuständigen Geschäftsführer und Mitarbeiter sowie externer Dienstleister nicht mehr zur Verfügung standen. Der Insolvenzverwalter der Gesellschaft kann insoweit keine Bestätigung der Vollständigkeit der in der Gesellschaft vorhandenen und uns vorgelegten Unterlagen abgeben. Wir haben daher mangels anderer Anhaltspunkte die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen unterstellt und diese soweit dies möglich und aufgrund des Umfangs vertretbar war plausibilisiert, um systematische Fehler soweit wie möglich ausschließen zu können.
11. Unser Auftrag umfasst sämtliche Tätigkeiten, die erforderlich waren, um aufgrund der uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise sowie der eingeholten Auskünfte zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter Vornahme der Abschlussbuchungen die gesetzlich vorgeschriebene Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Anhang zu erstellen.
12. **Ausgangspunkt** unserer Erstellungsarbeiten war daher der von uns neu aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 sowie der von StB Marcel Stübner für die Gesellschaft erstellte und durch den StB/WP Berthold Hußendörfer geprüfte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010.
13. Wir haben unter Berücksichtigung der erteilten Auskünfte eine Zuordnung der Konten und Bestandsnachweise zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Erstellung des Anhangs vorgenommen. Ferner haben wir auftragsgemäß die vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise auf ihre Plausibilität hin beurteilt. Zu diesem Zweck haben wir Befragungen und analytische Beurteilungen durchgeführt, um mit einer gewissen Sicherheit ausschließen zu können, dass die vorgelegten Unterlagen nicht ordnungsgemäß sind.

14. Zur Erstellung des Jahresabschlusses haben uns Journale, Konten und Inventare sowie u. a. Handelsregisterauszüge, Bankkontoauszüge, Darlehensverträge, Ein- und Ausgangsrechnungen sowie sonstige Geschäftsunterlagen vorgelegen.
15. Sofern steuerliche Sondervorschriften anzuwenden waren, die nicht im Einklang mit dem Handelsrecht stehen, wurden diese im Rahmen einer gesonderten Überleitungsrechnung berücksichtigt.
16. Unsere Arbeiten haben wir in den Monaten März bis Juni 2017 in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Dresden sowie in unseren Geschäftsräumen durchgeführt.
17. Durch den Insolvenzverwalter und die von ihm beauftragten Mitarbeiter sind uns alle verlangten Auskünfte erteilt worden.
18. Als **Auskunftspersonen** haben uns zur Verfügung gestanden:
 - [REDACTED]
 - [REDACTED]
 - [REDACTED]
19. Der Insolvenzverwalter hat uns die berufsübliche schriftliche Vollständigkeitserklärung zur Jahresabschlusserstellung **nicht** erteilt.

C. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Buchführung und weitere Unterlagen

20. Im Rahmen unserer Plausibilitätsbeurteilung haben wir zunächst die hinsichtlich Ansatz und Bewertungsfragen kritischen Sachverhalte, die zur Nichtigkeit des Jahresabschlusses geführt haben, geprüft. Darüber hinaus haben wir aufgrund der uns zum Erstellungszeitpunkt vorliegenden Erkenntnisse über das insgesamt nicht tragfähige Geschäftsmodell der Gesellschaft und deren Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft zum Stichtag auch sämtliche weiteren Bilanzansätze einer Prüfung auf Grundlage vorgelegter Bücher, Unterlagen und Belege -deren Vollständigkeit nicht gewährleistet werden kann- unterzogen. Gleichwohl waren diese aufgrund der durch uns durchgeführten Plausibilisierung unserer Ansicht nach geeignet, diese zur Grundlage unserer Ansatz- und Bewertungsentscheidungen zu machen und so ein im Wesentlichen zutreffendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln.

II. Jahresabschluss

21. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Anhang haben wir ordnungsgemäß aus der Buchführung, den uns vorgelegten weiteren Unterlagen und erteilten Auskünften abgeleitet. Dabei wurden die handelsrechtlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften eingehalten.
22. Von den Aufstellungserleichterungen gemäß §§ 266 Abs. 1 Satz 3, 274a, 276 und 288 HGB für kleine Kapitalgesellschaften im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB wurde teilweise Gebrauch gemacht.
23. Das sonstige Vermögen der Gesellschafter (Privatvermögen) wurde nicht in die Bilanz und auf das Privatvermögen entfallende Aufwendungen und Erträge nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommen.
24. Der Jahresabschluss bildet die zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 geltende Rechtslage ab. Dies betrifft insbesondere den Ausweis der Gewinnabführungen als sonstige Erlöse, die ab dem 1. Januar 2016 (BilRUG) als Umsatzerlöse auszuweisen wären, was zu einer Einordnung als große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 26 Abs. 3 HGB führen würde.

D. Ergebnis der Arbeiten und Bescheinigung

An die Future Business KG aA, Dresden:

Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – der Future Business KG aA für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften neu erstellt. Grundlage für die Erstellung war der durch das Urteil des Landgerichts Leipzig vom 17. Februar 2017 (AZ: 1 HK O 1306/14) für nichtig erklärte Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 der Gesellschaft, der aufgrund der festgestellten Nichtigkeit ebenfalls neu erstellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 sowie die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft, wohl aber auf Plausibilität beurteilt haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Insolvenzverwalters der Gesellschaft. Der Insolvenzverwalter hat uns die berufusübliche schriftliche Vollständigkeitserklärung zur Jahresabschlusserstellung **nicht** erteilt.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung des IDW Standards: "Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen" (IDW S 7) durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anhangs auf der Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Zur Beurteilung der Plausibilität der uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise haben wir Befragungen und analytische Beurteilungen vorgenommen, um mit einer gewissen Sicherheit auszuschließen, dass diese nicht ordnungsgemäß sind.

Ausgangspunkt unserer Erstellungsarbeiten war der durch uns neu erstellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009, sowie der von StB Marcel Stübner für die Gesellschaft erstellte und durch den StB/WP Berthold Hußendörfer geprüfte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010. Im Rahmen unserer Plausibilitätsbeurteilung haben wir zunächst die hinsichtlich Ansatz und Bewertungsfragen kritischen Sachverhalte, die zur Nichtigkeit des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2010 geführt haben auf der Grundlage vorgelegter Bücher, Unterlagen und Belege -deren Vollständigkeit nicht gewährleistet werden kann- geprüft. Darüber hinaus haben wir auf Grund der uns zum Erstellungszeitpunkt vorliegenden Erkenntnisse über das insgesamt nicht tragfähige Geschäftsmodell der Gesellschaft und deren Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft zum Stichtag auch sämtliche weiteren Bilanzansätze einer Prüfung auf Grundlage vorgelegter Bücher, Unterlagen und Belege -deren Vollständigkeit nicht gewährleistet werden kann- unterzogen.

Gleichwohl waren diese aufgrund der durch uns durchgeführten Plausibilisierung unserer Ansicht nach geeignet, diese zur Grundlage unserer Ansatz- und Bewertungsentscheidungen zu machen und so ein im Wesentlichen zutreffendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln.

Wir erstatten diese Bescheinigung auf der Grundlage des mit der Gesellschaft geschlossenen Auftrags, dem die beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017 zugrunde liegen. Unsere Verantwortung für die Auftragsdurchführung ergibt sich ausschließlich aus unserem Auftragsverhältnis mit der Gesellschaft und besteht danach allein dieser gegenüber. Eine Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich des Auftrags wurde nicht vereinbart; eine über unser Auftragsverhältnis hinausgehende Verantwortung Dritten gegenüber übernehmen wir somit nicht.

Dresden, 24. Juli 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dr. Margitta Markert
Steuerberater



i. V. Tobias Holdt
Rechtsanwalt

Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bescheinigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unsere Bescheinigung zitiert wird; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.

Anlagen



Anlagenverzeichnis

- I Bilanz zum 31. Dezember 2010
- II Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010
- III Anhang
- IV Rechtliche und steuerliche Verhältnisse

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

Bilanz zum 31. Dezember 2010

	31.12.2010 Euro	31.12.2009 Euro	Euro	31.12.2010 Euro
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital				
II. Kapitalrücklage			1.150.000,00	
III. Gewinnrücklagen				
Andere Gewinnrücklagen			<u>2.398,00</u>	
IV. Genussschaftskapital				
V. Bilanzverlust				
Nicht gedeckter Fehlbetrag				
Buchmäßiges Eigenkapital				
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen			0,00	
2. Sonstige Rückstellungen			<u>368.506,80</u>	
C. Verbindlichkeiten				
1. Anleihen				
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			349.238.401,92	
3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen			2.816.739,81	
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			630.646,93	
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen			1.403.499,19	
6. Sonstige Verbindlichkeiten			<u>1.859.425,55</u>	
			<u>54.544.638,08</u>	
				410.493.331,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
289.954,94				
71.373,61				
90.213.235,01				
5.631.584,18				
96.206.147,74				
				101.544.475,51
				53.393.978,66
				21.377.484,78
				1.065.613,51
				<u>627.029,70</u>
				1.152.399,00
				22.411.550,00
				<u>151.039.240,00</u>
				112.465.300,00
				<u>31.12.2010</u>
				<u>Euro</u>
				<u>31.12.2009</u>
				<u>Euro</u>

Bilanz zum 31. Dezember 2010

	31.12.2010 Euro	31.12.2009 Euro	31.12.2009 Euro	31.12.2010 Euro
	298.402.246,22	239.369.043,59	Übertrag	410.867,55
	112.465.312,06	43.411.283,52		410.867,55
	410.867.558,28	282.780.327,11		410.867,55

**Übenseinlagen gedeckter Verlustanteil
der Gesellschafter**

Future Business KG aA, Dresden**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010**

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse		2.575.813,47	1.978.888,54
2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		<u>1.345.515,85</u>	<u>948.502,44</u>
3. Gesamtleistung		1.230.297,62	1.030.386,10
4. Sonstige betriebliche Erträge		232.425,18	170.327,14
5. Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		132.820,69	177.955,20
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	277.623,71		293.590,49
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>40.455,62</u>		<u>52.583,98</u>
		318.079,33	346.174,47
7. Abschreibungen		5.042.935,51	12.013.779,17
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		17.410.214,64	29.317.834,66
9. Erträge aus Beteiligungen		10.000,00	0,00
10. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags erhaltene Gewinne		81.863.194,44	53.020.316,97
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		6.112.129,66	1.062.050,24
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3.140.522,56	4.911.875,45
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		<u>127.423.952,20</u>	<u>85.448.790,77</u>
Übertrag		57.739.432,91-	67.109.578,37-

Future Business KG aA, Dresden**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010**

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag		57.739.432,91-	67.109.578,37-
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>21.144.679,68</u>	<u>15.180.761,47</u>
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		78.884.112,59-	82.290.339,84-
16. Außerordentliche Erträge		<u>24.440,00</u>	<u>4.690,00</u>
17. Außerordentliches Ergebnis		24.440,00	4.690,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	40.206,12-		6.076,82-
19. Sonstige Steuern	<u>189,51</u>	40.016,61-	<u>763,00</u> 5.313,82-
20. Jahresfehlbetrag		78.819.655,98	82.280.336,02
21. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		<u>72.219.587,57</u>	<u>10.060.748,45-</u>
22. Bilanzverlust		<u>151.039.243,55</u>	<u>72.219.587,57</u>

Anhang

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Future Business KG aA ist zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB.

Der Jahresabschluss wird nach den für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242 bis 256a HGB), den ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften sowie bestimmte Personenhandelsgesellschaften (§§ 264 bis 288 HGB) sowie weiteren rechtsformspezifischen Vorschriften aufgestellt. Die Gesellschaft nimmt die größenabhängigen Erleichterungen der §§ 274a und 288 Abs. 1 HGB teilweise in Anspruch.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Im Interesse einer besseren Klarheit und Übersichtlichkeit werden die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke ebenso wie die Vermerke, die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung anzubringen sind, weitestgehend im Anhang aufgeführt.

II. Aufstellung unter Non-Going-Concern Gesichtspunkten

Der ursprüngliche Jahresabschluss wurde durch die Gesellschaft unter Annahme der Unternehmensfortführung (Going-Concern) aufgestellt. Zum Zeitpunkt der Neuerstellung bestehen erhebliche Zweifel an einer dauerhaften Fortführungsmöglichkeit der Gesellschaft.

Nach den Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft Dresden auf der Grundlage der Untersuchungen der Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für den Zeitraum Dezember 2010 bis März 2012 wurden bis auf die Immobiliensparte in keiner Geschäftssparte der Gesellschaft positive Renditen erzielt. Da sich das Geschäftsmodell der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2010 in der in 2010 betriebenen Sparte Lebensversicherungen nicht von den geschäftlichen Aktivitäten in dieser Sparte in den untersuchten Folgejahren unterschied, sind die Erkenntnisse der Untersuchungen auch auf das hier zu beurteilende Geschäftsjahr 2010 übertragbar. Danach wurden im Geschäftsjahr entgegen den Angaben in den Prospekten und dem registerlichen Geschäftszweck durch die Gesellschaft überwiegend keine gebrauchten Versicherungspolicen vermittelt und verwertet sondern im Wesentlichen fondsgebundene Eigenpolicen mit hohen Volumina mit einer Laufzeit von in der Regel 30 Jahren abgeschlossen. Diese wurden durch die INFINUS Vertrieb & Service AG (IVS, ab 1. Juni 2012 firmierend als INFINUS AG Ihr Kompetenz Partner, kurz IKP) an die Gesellschaft vermittelt. Die hierdurch erwirtschafteten Provisionen der IVS wurden aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags an die Gesellschaft abgeführt und dort als Ertrag vereinnahmt (Gewinnabführung der IVS in 2010 in Höhe von 80.956.256,60 €). Die abgeführten Gewinne wurden über ausgereichte Darlehen der Future Business an die IVS finanziert. Um die monatlichen Beiträge der abgeschlossenen Versicherungen bedienen zu können (insgesamt ca. 123 Mio. € in 2010), begab die Gesellschaft Orderschuldverschreibungen und Genussrechte mit einer Verzinsung zwischen 4,8 und 9,1 % p. a. und Laufzeiten zwischen 2 und 10 sowie un-

begrenzter Laufzeit bei Orderschuldverschreibungen und 5, 10 und 15 Jahren bei Genussrechten. Hinzu kamen Verwaltungskosten von weiteren 3 % für die Orderschuldverschreibungen und Genussrechte. Die gegenüber den Anlegern versprochenen Renditen konnten aus dem Abschluss und Halten der Lebensversicherungen weder der Höhe nach noch innerhalb der Laufzeiten der Orderschuldverschreibungen und Genussrechte erwirtschaftet werden. Die durchschnittliche Garantieverzinsung der deutschen Lebensversicherer lag im Jahre 2010 unter 2,25 % p.a.

Nach den Angaben des Bundesverbandes Investment und Assetmanagement e.V. (Anlage 84 zum Deloitte Gutachten) kann bei global investierenden Aktienfonds bei positivem Verlauf eine durchschnittliche Nettorendite von 5,01 % erreicht werden. Aufgrund der Finanzkrise 2008/2009 waren diese Renditen zum Stichtag jedoch nicht erwirtschaftbar. Aber selbst wenn die genannte Durchschnittsrendite von 5,01 % erreicht worden wäre, wäre sie nicht ausreichend gewesen um die für das Fremdkapital anfallenden Zinsen zu bedienen.

Die positiven Renditen der vom Volumen im Vergleich zu dem übrigen Geschäft der Gesellschaft zu vernachlässigenden Immobiliensparte (Gesamtbuchwert der Immobilien von 9.814.442,07 € zum 31. Dezember 2010) reichte ebenfalls bei weitem nicht aus, um die systemische Inkongruenz zwischen Laufzeiten, Volumen und Verzinsung der Lebensversicherungen und Finanzierungsinstrumenten zu beseitigen. Zum Bilanzstichtag standen Lebensversicherungsbestände in Höhe von ca. 155 Mio. € Anleiheverbindlichkeiten in Höhe von ca. 349 Mio. € gegenüber. Die vertraglich geschuldeten Beitragszahlungen belasteten die Liquidität der Gesellschaft so stark, dass sie jeweils kurz nach Neuabschluss der fondsgebundenen Eigenpolicen Teilrückkäufe tätigte und die neu abgeschlossenen Policen damit wirtschaftlich entwertete. Darüber hinaus wurden neu abgeschlossene Lebensversicherung im Volumen von (ca 13 Mio €) beitragsfrei gestellt, was ebenfalls zu einer wirtschaftlichen Entwertung der Policen führte. Die Zahlung der den Anlegern versprochenen Zinserträge war aus dem verringerten Fondskapital nicht möglich und verschärfte das Problem der strukturellen Zins-, Laufzeit- und Volumeninkongruenz zwischen Fremdfinanzierungsinstrumenten und Lebensversicherungen weiter. Auch in den Folgejahren gelang es der Gesellschaft nicht, ein nachhaltiges ertragbringendes Geschäftsmodell aufzubauen, so dass sich die Liquiditätskrise immer weiter verschärfte.

Durch die FuBus-Gruppe wurde außer in der vom Volumen her vernachlässigbaren Immobiliensparte keine freie Liquidität für den laufenden Geschäftsbetrieb und Investitionen erwirtschaftet. Die erforderliche Liquidität konnte somit nur durch Neuemissionen gesichert werden, die wiederum zu neuen und aus den Geschäftsbereichen nicht erwirtschaftbaren Zinslasten führten.

Die durch die Gesellschaft ausgewiesenen Gewinne basierten zum überwiegenden Teil auf konzerninternen Provisionszahlungen und zu hoch bewerteten fondsgebundenen Lebensversicherungsbeständen, denen kein ertragbringendes Geschäft gegenüberstand. Die Generierung dieser konzerninternen Provisionserlöse setzte immer neue Anleger voraus, die bereit waren, den Renditeversprechungen der Gesellschaft zu vertrauen. Bei korrekter Bewertung des Vermögens der Gesellschaft waren die durch die Gesellschaft ausgewiesenen Gewinne jedoch nicht vorhanden. Tatsächlich wurden erhebliche jährliche Verluste erwirtschaftet, die durch immer neue Anlegergelder finanziert wurden.

Nach § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB ist bei der Bewertung von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit auszugehen, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen. Unter Zugrundelegung der vorgenannten Kenntnisse im Aufstellungszeitpunkt hätte ein Festhalten am Going-Concern-Grundsatz in dem neu zu erstellenden Jahresabschluss zu einem insgesamt fehlerhaften Ausweis der Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft geführt.

Entscheidend für die Frage, ob der handelsrechtliche Jahresabschluss der Future Business KG aA zum 31. Dezember 2010 unter Annahme der Unternehmensfortführung aufzustellen (und damit zu erstellen) ist, sind grundsätzlich die Verhältnisse am Abschlussstichtag. Soweit allerdings zwischen dem Stichtag und dem Abschluss der Aufstellung des Jahresabschlusses Umstände eintreten, die als solche nach den Verhältnissen am Stichtag zwar nicht vorhersehbar waren (wertbegründende Ereignisse), die aber zu einem **Wegfall der Fortführungsannahme** führen, ist der Wegfall **auf alle zu diesem Zeitpunkt noch nicht aufgestellten Jahresabschlüsse zurückzubeziehen**, d. h. dass das Stichtagsprinzip (§ 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB) für die Beurteilung der Annahme der Unternehmensfortführung nicht gilt (vgl. IDW RS HFA 17 Tz. 25 i.V.m. IDW PS 270 Tz. 8, 31 und 48; Beck Bil-Komm., 10. Aufl., § 252 Anm. 12 m.w.N.). Dies gilt unabhängig davon, wann der Jahresabschluss aufgestellt wird, d. h. unabhängig davon, ob seit dem Abschlussstichtag das Unternehmen mehr als 12 Monate fortbestanden hat oder nicht (vgl. IDW PS 270 Tz. 8). Dieser Auffassung des Berufsstands liegt die Überlegung zugrunde, dass der Wegfall der Fortführungsannahme so tiefgreifend auf das Zahlenwerk des handelsrechtlichen Jahresabschlusses wirkt, dass bei einer ausschließlichen Berichterstattung im Anhang im Rahmen der Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag (§ 285 Nr. 33 HGB) die hieraus resultierenden Bilanzierungs- und Bewertungskonsequenzen für die Adressaten nicht ausreichend transparent werden (vgl. Beck Bil-Komm., 10. Aufl., § 252 Anm. 12 m.w.N.). Insofern liegt in diesem Fall eine **begründete Ausnahme/Durchbrechung des Stichtagsprinzips** gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. Abs. 2 HGB vor.

Unabhängig von der mittlerweile eingetretenen Insolvenz und den damit vorgenannten beschriebenen Konsequenzen wäre aus unserer Sicht auch schon zum Zeitpunkt 31. Dezember 2010 nicht von der Fortführung des Geschäftsbetriebs auszugehen gewesen, weil in der wirtschaftlichen Betrachtung der gesamten Unternehmensgruppe der Future Business kein nachhaltiges ertragbringendes Geschäftsmodell existierte.

III. Angaben zu Bilanzierungs- Bewertungsmethoden

1. Allgemeine Angaben

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Aufgrund des insgesamt nicht tragfähigen Geschäftsmodells der Gesellschaft und der Gruppe wurde der Jahresabschluss unter Non-Going-Concern Gesichtspunkten aufgestellt (siehe dazu II.).

2. Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Erworbene **immaterielle Anlagewerte** wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Im Hinblick auf die auch über den Bilanzstichtag erfolgte betriebliche Nutzung und in Anbetracht der untergeordneten Größenordnung für den neu zu erstellenden Jahresabschluss wurde der bisherige Ansatz und die Bewertung fortgeführt.

Das **Sachanlagevermögen** wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen grundsätzlich zeitanteilig. Soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände ihren Buchwert unterschreiten, werden zusätzlich außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen.

Für die unter den Sachanlagen ausgewiesene Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde ebenfalls im Hinblick auf die auch über den Bilanzstichtag hinaus erfolgte betriebliche Nutzung und in Anbetracht der untergeordneten Größenordnung für den neu zu erstellenden Jahresabschluss, der bisherige Ansatz und die Bewertung fortgeführt.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.

In Bezug auf die Bilanzierung **geringwertiger Wirtschaftsgüter**, welche bis zum 31. Dezember 2010 angeschafft wurden, wird seit dem 1. Januar 2008 handelsrechtlich die steuerrechtliche Regelung des § 6 Abs. 2 und Abs. 2a EStG angewendet. Anschaffungskosten von abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die einer selbständigen Nutzung fähig sind, werden im Wirtschaftsjahr der Anschaffung, Herstellung oder Einlage in voller Höhe als Betriebsausgaben erfasst, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, für das einzelne Wirtschaftsgut 150 € nicht übersteigen. Für geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, mehr als 150 € und bis zu 1.000 € betragen, wird ein jährlicher Sammelposten im Sinne des § 6 Abs. 2a EStG gebildet. Der jährliche Sammelposten wird über fünf Jahre gewinnmindernd aufgelöst. Scheidet ein Wirtschaftsgut vorzeitig aus dem Betriebsvermögen aus, wird der Sammelposten nicht vermindert.

Klassische nicht fondsgebundene Lebensversicherungspolice wurden, soweit sie entgeltlich erworben wurden und die Gesellschaft als Versicherungsnehmer auftritt, zu Anschaffungskosten im Finanzanlagevermögen aktiviert. Die laufenden Beitragszahlungen werden als nachträgliche Anschaffungskosten behandelt. Dem Umlaufvermögen zugeordnete Verträge werden zu Anschaffungskosten oder dem jeweils niedrigeren beizulegenden Wert zum Bilanzstichtag bilanziert.

Forderungen und **sonstige Vermögensgegenstände** werden mit dem Nennwert bzw. mit dem am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Wert angesetzt. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet ist, werden angemessene Wertabschläge vorgenommen; uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben. Pauschalwertberichtigungen wurden nicht gebildet.

Die **Vorräte** wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt. Sofern die Tageswerte am Bilanzstichtag niedriger waren, wurden diese angesetzt.

Der Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten werden mit den Nominalbeträgen gezeigt.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** sind Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Der auf den persönlich haftenden Gesellschafter entfallende Verlust wird, soweit er die Summe des durch den Gesellschafter eingelegten Kapitals übersteigt, auf der Aktivseite unter dem Posten „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil persönlich haftender Gesellschafter“ ausgewiesen.

3. Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Das **gezeichnete Kapital** wird zum Nennwert bilanziert.

Die **Rückstellungen** wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die **sonstigen Rückstellungen** wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die täglich rückzahlbaren Schuldverschreibungen sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt. Die restlichen Schuldverschreibungen wurden zum Ausgabebetrag zuzüglich der ermittelten Zinsschuld bis zum Abschlussstichtag passiviert.

Als **passive Rechnungsabgrenzungsposten** sind erhaltene Zahlungen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Ertrag für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

4. Gegenüber dem ursprünglichen Abschluss abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Sämtliche Vermögensgegenstände wurden unter Non-Going-Concern Gesichtspunkten bewertet. Die sich hieraus im Einzelnen ergebenden Abweichungen zum mittlerweile für nichtig befundenen Abschluss zum 31. Dezember 2010 sind unter IV. erläutert.

Der Methodenwechsel war mit Blick auf die sachgerechte Darstellung der tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten notwendig. Die Gegebenheiten werden voraussichtlich auch in den Folgejahren vorliegen. Ohne den vorgenommenen Methodenwechsel würde der Jahresabschluss zu falschen Aussagen über die Lage des Unternehmens führen.

IV. Angaben zur Bilanz

Aktiva

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

	<u>31.12.2010</u>	779.940,50 €
	31.12.2009	404.277,00 €
Bilanzansatz zum 01.01.2010		404.277,00 €
+ Zugänge		438.742,99 €
- Abschreibungen		<u>63.079,49 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2010		<u>779.940,50 €</u>

II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

	<u>31.12.2010</u>	6.573.355,66 €
	31.12.2009	7.025.363,03 €
Bilanzansatz zum 01.01.2010		7.025.363,03 €
+ Zugänge		3.625,00 €
- Abschreibungen		<u>455.632,37 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2010		<u>6.573.355,66 €</u>

Von dem in der Bilanz ausgewiesenen Sachanlagevermögen entfallen 6.573.355,66 € auf drei bebaute Grundstücke, wovon eines als Firmensitz der Gesellschaft dient. Die beiden anderen Objekte dienen der langfristigen Vermietung. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 455.632,37 € Abschreibungen vorgenommen, wovon 331.905,00 € auf Abschreibungen aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften gemäß § 254 HGB in Verbindung mit § 7i EStG entfallen. Aufgrund zum Stichtag vorhandener aber noch nicht realisierter stiller Reserven, waren die um planmäßige Buchwerte verringerten Anschaffungskosten beizubehalten.

2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

	<u>31.12.2010</u>	<u>756.994,59 €</u>
	31.12.2009	795.036,12 €
Bilanzansatz zum 01.01.2010		795.036,12 €
+ Zugänge		76.210,15 €
- Abgänge		50.598,13 €
- Abschreibungen		<u>63.653,55 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2010		<u>756.994,59 €</u>

III. Finanzanlagen

1. Anteile an verbundenen Unternehmen

	<u>31.12.2010</u>	<u>5,00 €</u>
	31.12.2009	5,00 €

Zusammensetzung per 31.12.2010

Moritzburger Versicherungsmakler GmbH	1,00 €
INFINUS Vertrieb & Service AG	1,00 €
Capital Business GmbH	1,00 €
IFP INFINUS Financial Partner AG	1,00 €
INFINUS PR & Marketing GmbH	1,00 €

Im Geschäftsjahr wurden weitere Anteile an der IFP INFINUS Financial Partner AG in Höhe von 152.000,00 € erworben.

Anteile an der IFP INFINUS Financial Partner AG	
Bilanzansatz zum 01.01.2010	1,00 €
+ Zugänge	152.000,00 €
- Abschreibungen	<u>152.000,00 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2010	<u>1,00 €</u>

Aufgrund des insgesamt nicht tragfähigen Geschäftsmodells der Gruppe und mangels eines eigenständigen Geschäftes der Tochtergesellschaften waren die Beteiligungen an verbundenen Unternehmen unter Non-Going-Concern Gesichtspunkten zum Stichtag vollständig wertzubehaltenden. Dies führt zu einem Abwertungsbedarf in Höhe von insgesamt 152.000,00 €.

2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen

<u>31.12.2010</u>	<u>1,00 €</u>
31.12.2009	1,00 €

Ausleihungen an die Infinus Vertrieb & Service AG:

Bilanzansatz zum 01.01.2010	1,00 €
+ Zugänge	80.000.000,00 €
- Abschreibungen	<u>80.000.000,00 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2010	<u>1,00 €</u>

Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen beinhalteten zum Stichtag 31. Dezember 2010 langfristige Darlehen an die Tochtergesellschaft Infinus Vertrieb & Service AG in Höhe von 125.000.000,00 € (45.000.000,00 € im Vorjahr). Aufgrund der bereits ausgeführten Non-Going-Concern Gesichtspunkte für die gesamte FuBus-Gruppe ist nicht erkennbar, wie die IVS in der Lage gewesen wäre, die Darlehen aus eigener Geschäftstätigkeit zurückzahlen zu können. Theoretisch wäre eine künftige Einlage der Darlehen in die Tochtergesellschaften denkbar gewesen. Auch diese wären wegen des insgesamt nicht tragfähigen Geschäftsmodells der Gruppe und mangels eines eigenständigen Geschäftes der Tochtergesellschaften dauerhaft wertberichtigten gewesen. Daher waren die Ausleihungen unter Non-Going-Concern Gesichtspunkten zum Stichtag vollständig wertberichtigten.

3. Beteiligungen

<u>31.12.2010</u>	<u>2,00 €</u>
31.12.2009	2,00 €

Zusammensetzung per 31.12.2010

Great Wheel Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG "Global View"	1,00 €
Future Business PLUS AG	1,00 €

4. Ausleihungen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

<u>31.12.2010</u>	<u>6.772.000,00 €</u>
31.12.2009	6.772.000,00 €

Die Ausleihungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht beinhalten ausschließlich Genussrechte an der Future Business Plus AG mit einem gesamten Nennwert von 13.342.350,00 €. Aufgrund der bereits ausgeführten Non-Going-Concern Gesichtspunkte für die gesamte FuBus-Gruppe wurden die Genussrechte mit dem wertberichtigten Vorjahreswert fortgeführt. Als werthaltig wurden dafür zum Stichtag 31. Dezember 2010 lediglich jene Genussrechte betrachtet, für die bis zum Erstellungszeitpunkt des vorliegenden Abschlusses eine Rückzahlung von insgesamt 6.772.000,00 € geleistet werden konnte.

Die Verzinsung der Genussrechte wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Position "Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens" ausgewiesen.

5. Wertpapiere des Anlagevermögens	<u>31.12.2010</u>	<u>1.199.999,96 €</u>
	31.12.2009	0,00 €

Die im Geschäftsjahr erworbenen Wertpapiere des Anlagevermögens enthalten Anteile an vier verschiedenen Mischfonds, welche langfristig gehalten werden. Aufgrund der geringen Abweichung des Zeitwerts zum Stichtag (Fondswerte insgesamt 1.171.374,25 € per 31. Dezember 2010) sowie der nicht dauerhaften Wertminderung waren keine Abschreibungen notwendig.

6. Lebensversicherungspolice	<u>31.12.2010</u>	<u>101.697.308,64 €</u>
	31.12.2009	84.075.597,68 €

Der Bestand an Lebensversicherungspolice besteht zum Abschlussstichtag aus klassischen Lebens- und Rentenversicherungen unterschiedlicher Laufzeiten. Die Rückkaufwerte einzelner Verträge können, insbesondere unmittelbar nach dem Erwerb, unter den Anschaffungskosten liegen. Aufgrund der in den klassischen Lebens- und Rentenversicherungen vereinbarten Garantieverzinsung zwischen 2,75 und 4,2 % übersteigen die Rückkaufwerte perspektivisch die Anschaffungskosten. Hiermit ist wirtschaftlich die Nähe zu einer festverzinslichen Anleihe gegeben. Unter der Berücksichtigung des Anlagezieles, die Verträge bis zu ihrem Ablauf zu bedienen und im Bestand zu halten, ist bis zu einer Kündigung der Verträge keine dauernde Wertminderung gegeben. Insoweit wurden die ursprünglichen Anschaffungskosten fortgeführt.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

1. Immobilienbestand	<u>31.12.2010</u>	<u>3.241.086,41 €</u>
	31.12.2009	4.286.446,19 €

Unter der Position Immobilienbestand sind Objekte erfasst, die zum Wiederverkauf bestimmt sind. Bei den Objekten handelt es sich vorrangig um vermietete Mehrfamilienhäuser.

2. geleistete Anzahlungen	<u>31.12.2010</u>	<u>0,00 €</u>
	31.12.2009	9.763,95 €

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Renten und Lebensversicherungsverträgen	<u>31.12.2010</u>	<u>0,00 €</u>
	31.12.2009	289.954,94 €

Die Forderungen aus Renten- und Lebensversicherungsverträgen beinhalteten im Vorjahr Lebensversicherungspolice von insgesamt 289.954,94 €, die im Geschäftsjahr 2010 planmäßig abgelaufen sind.

2. Forderungen aus Lieferungen und**Leistungen**

<u>31.12.2010</u>	<u>33.028,61 €</u>
31.12.2009	71.373,61 €

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten Darlehen an Geschäftspartner in Höhe von 33.028,61 € und sind mit dem Rückzahlungsbetrag bewertet.

3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen

<u>31.12.2010</u>	<u>91.439.425,00 €</u>
31.12.2009	90.213.235,01 €

Zusammensetzung

Verrechnung Moritzburger Versicherungsmakler GmbH	212.019,17 €
Verrechnung INFINUS Vertrieb & Service AG	70.176.918,54 €
Verrechnung INFINUS PR & Marketing GmbH	174.453,38 €
Verrechnung INFINUS Hausverwaltung GmbH	25.407,50 €
Verrechnung Capital Business GmbH	<u>524.917,89 €</u>
	<u>71.113.716,48 €</u>

aus kurzfristigen Darlehen:

Moritzburger Versicherungsmakler GmbH	3.770.000 €
Capital Business GmbH	1.000.000 €
INFINUS Vertrieb & Service AG	<u>15.555.704,52 €</u>
	<u>20.325.704,52 €</u>

aus Umgliederungen von Fremdpolicen
Moritzburger Versicherungsmakler GmbH

Bilanzansatz zum 01.01.2010	1,00 €
+ Umgliederung Beitrag Fremdpolicen	124.711,92 €
+ Wertaufholung bis Anschaffungskosten	4.901,08 €
- Vollständige Wertberichtigung durch Non-Going-Concern der Gruppe	<u>129.613,00 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2010	<u>1,00 €</u>
- Umgliederung Beitrag Fremdpolicen	

Capital Business GmbH

Bilanzansatz zum 01.01.2010	1,00 €
+ Umgliederung Beitrag Fremdpolicen	194.400,00 €
+ Wertaufholung bis Anschaffungskosten	8.615,22 €
- Vollständige Wertberichtigung durch Non-Going-Concern der Gruppe	<u>203.015,22 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2010	<u>1,00 €</u>
- Umgliederung Beitrag Fremdpolicen	

INFINUS Vertrieb & Service AG	
Bilanzansatz zum 01.01.2010	1,00 €
- Umgliederung Beitrag Fremdpolicen	1.531.537,92 €
- Abschreibung auf Rückkaufswert	204.337,87 €
- Vollständige Wertberichtigung durch Non-Going-Concern der Gruppe	<u>1.327.200,05</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2010	<u>1,00 €</u>
Fubus Plus	
Bilanzansatz zum 01.01.2010	1,00 €
- Umgliederung Beitrag Fremdpolicen	837.220,12 €
- Abschreibung auf Rückkaufswert	252.092,3 €
- Vollständige Wertberichtigung durch Non-Going-Concern der Gruppe	<u>585.127,82 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2010	<u>1,00 €</u>

Die von der Gesellschaft gehaltenen Fremdpolicen waren grundsätzlich in Höhe der zum Bilanzstichtag bestehenden Rückkaufwerte werthaltig. Allerdings halten wir die Forderungen aufgrund der zwischenzeitlich eingetretenen Insolvenzen der Tochtergesellschaften nicht mehr für durchsetzbar. Der Durchsetzung etwaiger Absonderungsrechte steht § 91 InsO entgegen, so dass die Forderungen im Ergebnis vollständig abzuwerten waren.

Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr betragen am Bilanzstichtag insgesamt 9.831,34 € (Vorjahr: 35.716,79 €).

4. sonstige Vermögensgegenstände	<u>31.12.2010</u>	<u>10.072.021,90 €</u>
	31.12.2009	5.631.584,18 €
Steuerüberzahlungen		6.902.813,64 €
Körperschaftsteuerrückforderung		3.147.801,72 €
Umsatzsteuer laufendes Jahr		15.093,00 €
Forderungen gegen Personal (g. 1 Jahr)		3.082,67 €
Nachträgl. abz. Vorsteuer, bewegl. WG		1.361,38 €
Umsatzsteuer Vorjahr		1.299,65 €
Sonstige Vermögensgegenstände (b. 1 J)		533,48 €
Umsatzsteuer frühere Jahre		33,36 €
Forderungen gg. Aktionäre		1,00 €
Ford. aus Lebensversicherungen Biehl		1,00 €
Ford. gg Genussrechtsinhaber		1,00 €

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Körperschaftsteuerrückforderungen und im Konto Steuerüberzahlungen enthaltene Gewerbesteuerrückforderungen, die sich aus den unterjährig zu hoch abgeführten Steuerzahlungen ergeben.

Aufgrund der vorgenommenen Abwertung der fondsgebundenen Lebensversicherungen ergibt sich kein Jahresüberschuss zum Bilanzstichtag. Folglich schuldete die Gesellschaft nach den Genussscheinbedingungen auch keine Basisverzinsung und keine Übergewinnverzinsung an ihre Genussrechtsgläubiger. Insoweit war eine Forderung gegen die Genussrechtsgläubiger aus der Rückzahlung der unrechtmäßig erhaltenen Zinsen in Höhe von 1.575.021,75 € zu aktivieren, die jedoch aufgrund der zum Aufstellungszeitpunkt bestehenden ungewissen Durchsetzungschancen vollständig wertberichtigt wurde. Ebenfalls zu aktivieren war eine Forderung gegenüber den Aktionären der Gesellschaft, da ihnen für das abgelaufene Geschäftsjahr 2009 eine Gewinnbeteiligung ausbezahlt wurde, obwohl sich zum Bilanzstichtag kein Jahresüberschuss ergab. Aufgrund der auch in diesem Fall ungewissen Durchsetzungschancen wurde die Forderung vollständig wertberichtigt.

Sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestanden durch die Umgliederung von Fremdpolice aus dem Anlagevermögen in Höhe von 3.082,67 € gegenüber Personal. Ebenfalls bestanden Ansprüche aus Fremdpolice gegenüber dem persönlich haftenden Gesellschafter, welche jedoch -aufgrund der zum Erstellungszeitpunkt bereits angemeldeten Privatinsolvenz desselben- als nicht werthaltig zu betrachten sind und deshalb vollständig wertberichtigt wurden.

III. Lebensversicherungen	<u>31.12.2010</u>	<u>53.393.978,66 €</u>
	31.12.2009	28.336.179,77 €
Bilanzansatz um 01.01.2010		<u>28.336.179,77 €</u>
+ Beitragszahlungen Fondsgebundene LV		102.247.958,26 €
+ Wertaufholung bis Anschaffungskosten		56.319,52 €
- Buchwertabgang durch Teilrückkäufe		29.974.526,69 €
- Abschreibungen auf Fondswert		<u>47.271.952,20 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2010		<u>53.393.978,66 €</u>

Aufgrund der nicht dauerhaft gegebenen Möglichkeit zur Bedienung der fondsgebundenen Lebensversicherungsverträge war deren Funktion in der Gesellschaft als Anlagevermögen nicht mehr gegeben. Folglich waren diese wie im Vorjahr im Umlaufvermögen auszuweisen und mit dem niedrigeren beizulegenden Wert zum Stichtag zu bewerten. Bei fondsgebundenen Police wurde dabei auf den zum Stichtag gemeldeten Fondswert abgeschrieben. Hieraus ergab sich zum Stichtag ein Abwertungsbedarf von insgesamt 47.271.952,20 €.

Die Erfassung dieser Police im Umlaufvermögen war notwendig, da die betreffenden Versicherungen aufgrund von Teilrückkäufen und teilweiser Beitragsfreistellung wirtschaftlich entwertet wurden und aufgrund des insgesamt defizitären Geschäftsmodells der Gesellschaft nicht dauerhaft bedient und somit für den Geschäftszweck der Gesellschaft genutzt werden konnten. Im Umlaufvermögen wurden die entsprechenden Police auf ihren niedrigeren beizulegenden Wert zum Stichtag abgeschrieben. Der Wert der umgegliederten und entsprechend dem strengen Niederstwertprinzip bewerteten, fondsgebundenen Versicherungen beträgt zum Bilanzstichtag **53.393.978,66 €**.

IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>31.12.2010</u>	<u>21.377.484,78 €</u>
	31.12.2009	10.831.194,41 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>31.12.2010</u>	<u>1.065.613,51 €</u>
	31.12.2009	627.029,70 €
<u>Zusammensetzung</u>		
Zinsen Policendarlehen		1.009.873,59 €
sonstige aktive Rechnungsabgrenzung		29.233,39 €
Kreditbereitstellungsgebühr		26.516,53 €
D. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil persönlich haftender Gesellschafter	<u>31.12.2010</u>	<u>112.465.312,06 €</u>
	31.12.2009	43.411.283,52 €

Passiva**A. Eigenkapital**

I. Gezeichnetes Kapital	<u>31.12.2010</u>	<u>15.010.000,00 €</u>
	31.12.2009	12.700.000,00 €

Das Grundkapital von 15.010.000,00 € ist eingeteilt in:

<u>Grundkapital</u>	<u>Euro</u>
13.860.000 Stück auf den Namen lautende Stammaktien	13.860.000,00
1.150.000 Stück auf den Namen lautende Vorzugsaktien	1.150.000,00

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 18. Mai 2010 wurde der persönlich haftende Gesellschafter ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Bar- oder Sacheinlage um bis zu 5.775.000,00 € zu erhöhen, wobei das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden kann (genehmigtes Kapital). Die Ermächtigung war bis zum 31. März 2015 befristet.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 18.05.2010 wurde das Grundkapital um 2.310.000 Stammaktien im Nennwert von 1,00 € erhöht.

II. Kapitalrücklage	<u>31.12.2010</u>	<u>1.150.000,00 €</u>
	31.12.2009	1.150.000,00 €

Die Kapitalrücklage resultiert aus der Ausgabe von Vorzugsaktien über dem Nennwert (Agio).

III. Genussrechtskapital	<u>31.12.2010</u>	<u>22.411.533,49 €</u>
	31.12.2009	14.958.304,05 €
davon Agio		
1.342.852,00 €		
(961.872,00)		

Zusammensetzung

Genussrechtskapital		21.068.681,49 €
Agio aus Genussrechten		<u>1.342.852,00€</u>
		<u>22.411.533,49 €</u>

Mit Beschluss vom 18. Mai 2010 wurde der persönlich haftende Gesellschafter ermächtigt, als Maßnahme zur Kapitalbeschaffung weitere Genussrechte im Volumen von bis zu 100 Mio. € auszugeben. Die Ermächtigung war bis zum 30. April 2015 befristet. Da die Genussrechte die Kriterien der Nachrangigkeit, der erfolgsabhängigen Vergütung, der Beteiligung am Verlust sowie der längerfristigen Kapitalüberlassung erfüllen, sind diese als Eigenkapital zu behandeln und entsprechend bilanziert. Im Geschäftsjahr wurden neue Genussrechte im Gesamtwert von 7.968.517,44 € (Vorjahr: 4.442.795,05 €) ausgegeben, wovon ein Betrag in Höhe von 405.420,00 € (Vorjahr: 276.164,00 €) auf das Agio entfällt. Im Geschäftsjahr 2010 erfolgten Rückzahlungen in Höhe von 490.848,00 € (Vorjahr: 90.335,00 €) sowie aufgrund von Kündigungen und dem damit verbundenen Wegfall des Kriteriums der längerfristigen Kapitalüberlassung Umgliederungen von Genussscheinen in das Fremdkapital in Höhe von 165.200,00 €.

Die Zeichnungssumme am Bilanzstichtag betrug insgesamt 33.661.548,00 € (Vorjahr: 24.133.600,00 €), wovon Genussrechte im Wert von 21.068.681,49 € (Vorjahr: 13.996.432,05 €) bereits ausgegeben wurden. Die Stückelung je Genussrecht beträgt 0,01 €. Die Genussrechte haben Mindestlaufzeiten von 5, 10 und 15 Jahren.

IV. Bilanzverlust

Im Bilanzverlust von 151.039.243,55 € ist ein Verlustvortrag in Höhe von 72.219.587,57 € enthalten.

B. Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen	<u>31.12.2010</u>	<u>368.506,80 €</u>
	31.12.2009	318.469,05 €

Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für Jahresabschluss- und Prüfungskosten (223 T€), für ausstehende Rechnungen (ca. 108 T€), für die Beiträge zur IHK (ca. 15 T€), für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen (ca. 5 T€), für Urlaubsansprüche (ca. 11 T€) sowie für Beiträge zur Berufsgenossenschaft (ca. 2 T€).

C. Verbindlichkeiten

1. Anleihen	<u>31.12.2010</u>	<u>349.238.401,92 €</u>
	31.12.2009	243.625.195,99 €
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
225.015.370,66 €		
(147.936.777,08 €)		

Im Posten sind sowohl Orderschuldverschreibungen unterschiedlicher Laufzeit mit jährlicher Zinsausschüttung als auch solche mit endfälligen Zinsausschüttungen (Nullkuponanleihen) ausgewiesen. Die Orderschuldverschreibungen werden je nach Laufzeit mit 4,8 bis 9,1 % verzinst. Weiterhin werden Genussscheine in Höhe von 165.200,00 € unter den Anleihen ausgewiesen, welche die Kriterien des Eigenkapitalausweises nicht mehr erfüllen.

2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	<u>31.12.2010</u>	<u>2.816.739,81 €</u>
	31.12.2009	2.902.902,20 €
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
98.447,34 €		
(93.285,82 €)		

3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	<u>31.12.2010</u>	<u>630.646,93 €</u>
	31.12.2009	148.954,61 €
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
630.646,93 €		
(148.954,61 €)		

Die Position beinhaltet Anzahlungen auf im Folgejahr ausgegebene Orderschuldverschreibungen.

4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	<u>31.12.2010</u>	<u>1.403.499,19 €</u>
	31.12.2009	789.566,27 €
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
1.403.499,19 €		
(789.566,27 €)		

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen in Höhe von 1.376.357,10 € aus Vermittlungsleistungen der INFINUS AG Finanzdienstleistungsinstitut.

5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	<u>31.12.2010</u>	<u>1.859.425,55 €</u>
	31.12.2009	1.171.046,15 €
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
1.097.125,55 €		
(408.746,15 €)		

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten aus Policendarlehen (1.840.296 €) sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (19.129,55 €).

6. sonstige Verbindlichkeiten	<u>31.12.2010</u>	<u>54.544.638,08 €</u>
	31.12.2009	33.818.492,84 €
davon gegenüber Gesellschaftern		
369.802,06 €		
(396.158,47 €)		
davon aus Steuern		
236.907,50 €		
(185.689,80 €)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit		
631,88 €		
(619,25 €)		
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
643.061,50 €		
(1.155.879,75 €)		

Die sonstigen Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus Policendarlehen (54.256.534 €) sowie aus einbehaltener Kapitalertragsteuer (232.971,46 €).

D. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>31.12.2010</u>	<u>5.700,00 €</u>
	31.12.2009	5.700,00 €

II. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Außerplanmäßige Abschreibungen auf die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden insgesamt in Höhe von 127.423.952,20 € (Vorjahr: 85.448.790,77 €) vorgenommen.

In den Vertriebskosten sind Akquisitionskosten für Fremdkapitalbeschaffung in Höhe von 13.679.868,53 € (Vorjahr: 9.073.917,39 €) enthalten.

Aufgrund der vorgenommenen Abwertungen der fondsgebundenen Lebensversicherungen, der Ausleihungen, sonstigen Ausleihungen und Beteiligungen ergibt sich kein Jahresüberschuss zum Bilanzstichtag. Folglich schuldete die Gesellschaft nach den Genussscheinbedingungen auch keine Basisverzinsung und keine Übergewinnverzinsung an ihre Genussrechtsgläubiger. Insoweit war der Zinsaufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechend zu korrigieren.

III. Sonstige Angaben

Namen der Mitglieder der Unternehmensorgane

Die Geschäftsführung obliegt dem persönlich haftenden Gesellschafter, Jörg Biehl, wohnhaft in Dresden. Die Angabe der für die Tätigkeit der Geschäftsführung im Berichtsjahr gewährten Gesamtbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Namen der Mitglieder des Aufsichtsrats

Während des abgelaufenen Geschäftsjahrs gehörten folgende Personen dem Aufsichtsrat an:

Herr Siegfried Bullin,	ausgeübter Beruf:	Rechtsanwalt
Herr Jens Pardeike,	ausgeübter Beruf:	Versicherungsmakler
Herr Andreas Heß,	ausgeübter Beruf:	Versicherungsmakler

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates war im Geschäftsjahr Herr Siegfried Bullin.

Für seine Tätigkeit erhielt der Aufsichtsrat im Geschäftsjahr eine Vergütung von insgesamt 52.845,60 € (Vorjahr 52.845,60 €).

Angaben über den Anteilsbesitz an anderen Unternehmen von mind. 20 Prozent der Anteile

Gemäß § 285 Nr. 11 HGB wird über nachstehende Unternehmen berichtet:

Firmenname / Sitz	Anteils- höhe	Jahres- ergebnis	Eigen- kapital
		Euro	Euro
INFINUS Vertrieb & Service AG, Dresden	100 %	0	1.314.677,23
Moritzburger Versicherungsmakler GmbH, Moritzburg	100 %	0	34.477,23
Capital Business GmbH, Frankfurt a. Main	100 %	0	31.369,64
INFINUS Hausverwaltungs GmbH, Dresden	100 %	0	25.412,00
INFINUS PR & Marketing GmbH, Dresden	100 %	0	64.527,78
IFP INFINUS Financial Partner AG, Stuttgart	76 %	0	162.155,57

Ein Beteiligungsverhältnis im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB besteht zur Future Business PLUS AG, Dresden. Die Beteiligung beträgt 20 vom Hundert am Grundkapital von 1.000.000,00 €. Zum 31. März 2010 beträgt das Eigenkapital der Gesellschaft 51.254.621,04 € und der Jahresüberschuss 3.983.015,39 €.

Mit folgenden Gesellschaften bestehen Gewinnabführungsverträge im Sinne des § 291 Abs. 1 Satz 1 AktG:

- INFINUS Vertrieb & Service AG, Dresden (Gewinnabführung im Geschäftsjahr 2010: 80.956.256,60 €)
- Moritzburger Versicherungsmakler GmbH, Moritzburg (Gewinnabführung im Geschäftsjahr 2010: 221.557,00 €)
- Capital Business GmbH, Frankfurt a. Main (Gewinnabführung im Geschäftsjahr 2010: 525.037,91 €)
- INFINUS PR & Marketing GmbH, Dresden (Gewinnabführung im Geschäftsjahr 2010: 160.342,93 €)

Dresden, den

Insolvenzverwalter der Future Business KG aA

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten						Abschreibungen				R
	01.01.2010	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2010	01.01.2010	Zugänge	Abgänge	31.12.2010	31.12.2010	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
Vermögensgegenstände	446.102,68	438.742,99	0,00	0,00	884.845,67	41.825,68	63.079,49	0,00	104.905,17	779.942,50	
Vermögensgegenstände	446.102,68	438.742,99	0,00	0,00	884.845,67	41.825,68	63.079,49	0,00	104.905,17	779.942,50	
Vermögensgegenstände	8.432.339,61	3.625,00	0,00	0,00	8.435.964,61	1.406.976,58	455.632,37	0,00	1.862.608,95	6.573.338,66	
Vermögensgegenstände	8.432.339,61	3.625,00	0,00	0,00	8.435.964,61	1.406.976,58	455.632,37	0,00	1.862.608,95	6.573.338,66	
Vermögensgegenstände	1.081.369,83	76.134,02	145.564,20	0,00	1.011.939,65	286.333,71	63.653,55	95.042,20	254.945,06	756.994,89	
Vermögensgegenstände	1.081.369,83	76.134,02	145.564,20	0,00	1.011.939,65	286.333,71	63.653,55	95.042,20	254.945,06	756.994,89	
Vermögensgegenstände	(21.883,63)	(38.056,54)	(0,00)	(0,00)	(59.940,17)	(6.495,43)	(12.175,74)	(0,00)	(18.671,17)	(41.264,50)	
Vermögensgegenstände	(21.883,63)	(38.056,54)	(0,00)	(0,00)	(59.940,17)	(6.495,43)	(12.175,74)	(0,00)	(18.671,17)	(41.264,50)	
Vermögensgegenstände	9.513.709,44	79.759,02	145.564,20	0,00	9.447.904,26	1.693.310,29	519.285,92	95.042,20	2.117.554,01	7.330.354,25	
Vermögensgegenstände	9.513.709,44	79.759,02	145.564,20	0,00	9.447.904,26	1.693.310,29	519.285,92	95.042,20	2.117.554,01	7.330.354,25	
Vermögensgegenstände	2.875.813,59	152.000,00	0,00	0,00	3.027.813,59	2.875.808,59	152.000,00	0,00	3.027.808,59	6.772.000,00	
Vermögensgegenstände	2.875.813,59	152.000,00	0,00	0,00	3.027.813,59	2.875.808,59	152.000,00	0,00	3.027.808,59	6.772.000,00	
Vermögensgegenstände	45.000.000,00	80.000.000,00	0,00	0,00	125.000.000,00	44.999.999,00	80.000.000,00	0,00	124.999.999,00	6.772.000,00	
Vermögensgegenstände	45.000.000,00	80.000.000,00	0,00	0,00	125.000.000,00	44.999.999,00	80.000.000,00	0,00	124.999.999,00	6.772.000,00	
Vermögensgegenstände	410.000,00	0,00	0,00	0,00	410.000,00	409.998,00	0,00	0,00	409.998,00	6.772.000,00	
Vermögensgegenstände	410.000,00	0,00	0,00	0,00	410.000,00	409.998,00	0,00	0,00	409.998,00	6.772.000,00	
Vermögensgegenstände	13.342.350,00	0,00	0,00	0,00	13.342.350,00	6.570.350,00	0,00	0,00	6.570.350,00	6.772.000,00	
Vermögensgegenstände	13.342.350,00	0,00	0,00	0,00	13.342.350,00	6.570.350,00	0,00	0,00	6.570.350,00	6.772.000,00	
Vermögensgegenstände	84.075.597,68	1.199.999,96	0,00	0,00	1.199.999,96	0,00	0,00	0,00	0,00	1.199.999,96	
Vermögensgegenstände	84.075.597,68	1.199.999,96	0,00	0,00	1.199.999,96	0,00	0,00	0,00	0,00	1.199.999,96	
Vermögensgegenstände	84.075.597,68	80.023.443,80	62.401.732,84	0,00	101.697.308,64	0,00	0,00	0,00	0,00	101.697.308,64	
Vermögensgegenstände	84.075.597,68	80.023.443,80	62.401.732,84	0,00	101.697.308,64	0,00	0,00	0,00	0,00	101.697.308,64	
Vermögensgegenstände	145.703.761,27	161.375.443,76	62.401.732,84	0,00	244.677.472,19	54.856.155,59	80.152.000,00	0,00	135.008.155,59	109.669.317,70	
Vermögensgegenstände	145.703.761,27	161.375.443,76	62.401.732,84	0,00	244.677.472,19	54.856.155,59	80.152.000,00	0,00	135.008.155,59	109.669.317,70	
Vermögensgegenstände	155.663.573,39	161.893.945,77	62.547.297,04	0,00	255.010.222,12	56.591.291,56	80.734.365,41	95.042,20	137.230.614,77	117.779.614,77	
Vermögensgegenstände	155.663.573,39	161.893.945,77	62.547.297,04	0,00	255.010.222,12	56.591.291,56	80.734.365,41	95.042,20	137.230.614,77	117.779.614,77	

Rechtliche und steuerliche Verhältnisse

Firma	Future Business KG aA
Rechtsform	KGaA
Sitz	Dresden
Gesellschaftsvertrag	Die Gesellschaft wurde mit Vertrag vom 23.02.2000 des Notars Dr. jur. H. Neupert (URNr. 184/2000), Dresden, durch Bargründung errichtet.
Handelsregister	Dresden, 18735
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Gegenstand des Unternehmens	Erwerb und Verwertung von bestehenden kapitalbildenden Versicherungen, der Erwerb von Immobilien sowie Erwerb, Veräußerung und Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, der An- und Verkauf von Versicherungsbeständen, sowie die gewerbliche Vermietung und Verpachtung von Immobilien.
Stammkapital	15.010.000,00 Euro Das Grundkapital ist wie folgt aufgeteilt: <ul style="list-style-type: none">– 13.860.000 Stück auf den Namen lautende Stammaktien– 1.150.000 Stück auf den Namen lautende Vorzugsaktien Die Aktionäre im Einzelnen werden in einem Aktienbuch geführt, dass in den Geschäftsräumen der Future Business KG aA zur Einsichtnahme bereitliegt. Der persönlich haftende Gesellschafter hat keine weitere gesonderte Einlage auf das Grundkapital erbracht.
Geschäftsführung und Vertretung	Die Geschäfte werden vom persönlich haftenden Gesellschafter, Jörg Biehl, Dresden, geführt.

Gewinnabführungsvertrag	<p>Es bestanden zum Stichtag Gewinnabführungsverträge mit folgenden Gesellschaften:</p> <ul style="list-style-type: none">– INFINUS Vertrieb & Service AG,– Moritzburger Versicherungsmakler GmbH,– Capital Business GmbH,– INFINUS PR & Marketing GmbH.
Gesellschafter	<p>Die Geschäftsanteile werden vom persönlich haftenden Gesellschafter, Jörg Biehl, und den anderen im Aktienbuch geführten Personen gehalten.</p>
Beschlüsse	<p>Es liegt bisher kein Gesellschafterbeschluss zur Feststellung des geänderten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 vor.</p>
Größenklasse	<p>Es handelt sich um eine kleine Gesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 und 4 HGB.</p>
Zuständiges Finanzamt	<p>Finanzamt Dresden-Süd</p>
Steuernummer	<p>Steuernummer 203/100/90043</p>
Steuerpflicht	<p>Die Gesellschaft ist unbeschränkt gewerbe-, körperschaft- und umsatzsteuerpflichtig.</p>
Organschaft	<p>Die Gesellschaft bildet mit der:</p> <ul style="list-style-type: none">– INFINUS Vertrieb & Service AG,– Moritzburger Versicherungsmakler GmbH,– Capital Business GmbH,– INFINUS Hausverwaltungs GmbH,– INFINUS PR & Marketing GmbH sowie der– IFP INFINUS Financial Partner AG <p>eine umsatzsteuerlich Organschaft. Die Gesellschaft ist Organträgerin.</p> <p>Die Gesellschaft ist körperschaftsteuerlicher und gewerbsteuerlicher Organträger des Organkreises mit der:</p> <ul style="list-style-type: none">– INFINUS Vertrieb & Service AG,– Moritzburger Versicherungsmakler GmbH,– Capital Business GmbH sowie der– INFINUS PR & Marketing GmbH.
Veranlagungsstand	<p>2012</p>
Steuerliche Außenprüfungen	<p>Die Betriebsprüfung für 2009 bis 2011 ist noch nicht abgeschlossen.</p>